



Mitteilungen

15. Brandenburger Geodätentag am 5. und 6. September 2008 in Neuruppin

Der kleine große Tag

Fast wie ein kleines Jubiläum wurde die diesjährige gemeinsame Fachtagung der Vermessungs- und Katasterverwaltung und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure des Landes Brandenburg begangen. Denn zum nunmehr 15. Mal trafen sich die Vertreter des Amtlichen Vermessungswesens; diesmal in der im Norden Brandenburgs gelegenen Stadt Neuruppin.

Die würdige Wahrnehmung der mittlerweile traditionsbehafteten Veranstaltung

wurde nicht zuletzt durch das Grußwort des Innenministers des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, deutlich. Als junger Armeeoffizier selbst mit dem Vermessungsgeschäft betraut gewesen, lobte Schönbohm das gegenseitige Verständnis und die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Vermessungsverwaltung und des freien Berufs. Als zukünftige und zukunftssträchtige Aufgabe für den Berufsstand sah der Minister in seinem Vortrag die Verknüpfung bereits vorhandener Daten mit neuen Systemen.



© Robert Lehmann

Doch nicht nur der Innenminister, auch die Vorsitzenden der BDVI-Landesgruppen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, Vertreter von Behörden aus Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und der neu gewählte Präsident des BDVI Michael Zurhorst waren als Gäste zugegen und wurden vom BDVI-Landesgruppenvorsitzenden Wolfgang Schultz herzlich willkommen geheißen. Ihre Anwesenheit untermauere, so Schultz, die Bedeutung des Kleinen Geodätentages als Forum für das Amtliche Vermessungswesen auch über die Landesgrenzen Brandenburgs hinaus.

Im Veranstaltungszentrum Pfarrkirche, einem ehemaligen Gotteshaus im Herzen Neuruppins, bot sich den zahlreichen Zuhörern ein interessantes Vortragsprogramm. Den Festvortrag hielt der ehemalige Hamburger Bürgermeister Dr. Henning Voscherau. Staatsanwalt Stefan Heidenreich aus Neuruppin sprach im ersten Fachbeitrag über Korruption und zog Vergleiche zwischen dem Unterschreiten der Kostenordnung und Bestechung – ein in der anschließenden Pause heftig diskutiertes Thema.

Im Anschluss informierten der Vorsitzende der BDVI-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, ÖbVI Frank Wagner, und Abteilungsdirektor Landesvermessung, Horst Menze, vom Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern über die Situation des amtlichen Vermessungswesens und des freien Berufs in ihrem Bundesland.

Referenten des Brandenburgischen Ministeriums des Innern und Vertreter der Kataster- und Vermessungsämter sprachen zu verschiedenen neuen Aspekten im Amtlichen Vermessungswesen. Besondere

Aufmerksamkeit erfuhr die geplante Einführung des „Grenzeugnisses“ als Produkt des Amtlichen Vermessungswesens.

Große Beachtung fand ebenfalls der Vortrag des BDVI-Justitiars Dr. Rüdiger Holthausen zum Rechtsdienstleistungsgesetz und den daraus resultierenden Handlungsspielräumen für einen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur. Auch hier zeigte die Resonanz des Publikums, dass diesem Thema noch öfter Raum zur Erörterung gegeben werden sollte.

Höhepunkt des ersten Veranstaltungstages war die abschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Quo vadis freier Beruf?“ Die Diskutanten waren ÖbVI Ralph Schulze aus Senftenberg, ÖbVI Michael Peter als stellvertretender Landesgruppenvorsitzender, BDVI-Präsident ÖbVI Michael Zurhorst und nicht zuletzt der Moderator, Heinrich Tilly, Präsident des Landesbetriebes Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB).

Michael Zurhorst mahnte als BDVI-Präsident an, „die Berufskerne zukunftsfähig zu machen“. Als ÖbVI sei man dem Allgemeinwohl verpflichtet. Und eben dieses Allgemeinwohl sei bei der täglichen Arbeit auch zu hinterfragen, so Zurhorst.

Als Vertreter der Landesgruppe führte ÖbVI Michael Peter die durchschnittliche Bürogröße im Gegensatz zu allzu visionären Zielen ins Feld. Mit durchschnittlich vier Mitarbeitern pro ÖbVI sei es für manchen ÖbVI schwierig, alle Felder, wie z.B. GIS, Wertermittlung u. dgl. zu bedienen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen ständen dem entgegen.

Am zweiten Veranstaltungstag folgten dann der Bericht der Aufsichtsbehörde,

eine Sachstandsmeldung zu Neuerungen in der Brandenburgischen Bauordnung, ein Referat über die Entwicklung der Flurneuordnung und ein Zwischenstand in Sachen LiKa-Online. Einen gelungenen Abschluss fand die Fachtagung durch den spannenden Vortrag von Univ. Prof. Dr. Markus Rothacher vom GFZ Potsdam über hochgenaues Monitoring des Systems Erde mit innovativen Satellitenmethoden.

Den Charakter des Kleinen Geodätentages prägte auch die große Gemeinsam-

keit; offen demonstriert auf dem Podium und gelebt in den Pausen und bei der gemeinsamen Abendveranstaltung auf der Terrasse des Seehotels.

„15 Jahre Kleiner Geodätentag? Für Brandenburg ist es Der Große Geodätentag!“

(Quelle: BDVI - Forum,
Ausgabe 3/2008, S. 435 - 436,
„Der Kleine Große Tag“,
Andreas Bandow)

Kommunales Kennzahlenmanagement am Beispiel von Vermessungs- und Katasterämtern in Nordrhein-Westfalen

Die von Frau Gaby Alexandra Boele-Keimer an der Universität Bonn vorgelegte Dissertation, Referent: Prof. Dr.-Ing. T. Kötter, Koreferent: Prof. Dr.-Ing. K. Kummer, ist eine bemerkenswerte Grundlagenforschung und Analyse zum Kennzahlenmanagement in kommunalen Vermessungs- und Katasterämtern. Zwar am Beispiel in NRW, aber in vielen Bereichen übertragbar auf Brandenburg.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden in den kommunalen Verwaltungen in Deutschland Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung entwickelt. Kennzahlen nehmen dabei als Instrument der Steuerungsunterstützung eine Schlüsselfunktion ein. Das Thema der Untersuchung ist die Nutzung von Kennzahlen in den kommunalen Vermessungs- und Katasterämtern in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel war es, bestehende Systeme zu analysieren, Defizite aufzudecken und darauf aufbauend

ein neues, optimiertes Kennzahlenmanagement zu entwickeln.

Dazu wurden die bestehenden Kennzahlenansätze von sechs Vermessungs- und Katasterämtern sowie die vermessungsbezogenen Kennzahlensysteme der Bezirksregierungen, der Kommunalen Stelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) untersucht. Als Vergleich wurde darüber hinaus das Kennzahlenmanagement der staatlichen Vermessungs- und Katasterverwaltung in Niedersachsen hinzugezogen.

Die Analyse der Praxisbeispiele zeigt, dass Prozessveränderungen und Innovationen häufig erst durch interkommunale Vergleiche ausgelöst werden. Es bedarf also eines regelmäßigen landesweiten Vergleichs zwischen den Vermessungs- und Katasterämtern in NRW. Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass sich die

Bemühungen zu stark auf die Entwicklung des Kennzahlensets konzentrieren. Kennzahlenmanagement kann nur dann zu Effizienz- und Effektivitätssteigerungen führen, wenn Kennzahlen geplant, ausgewertet, kommentiert, berichtet und in Zielvereinbarungen genutzt werden.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurde ein Kennzahlenmanagement auf zwei Ebenen entwickelt. Im Kennzahlenmanagement der Ebene I werden jährlich landesweit einheitliche Kennzahlen erhoben, die sich aus den Jahresberichts-kennzahlen und hoch aggregierten Effizienz-kennzahlen zusammensetzen. Adressaten sind in erster Linie die für das Vermessungswesen zuständigen Dezernenten und Amtsleiter, die durch regelmäßige Vergleichswerte die Leistung ihrer Ämter besser einschätzen können. Gleichzeitig erhält das Land statt des bisher stark verwaltungsrechtlich geprägten und wenig effektiven Mittels der Sonderaufsicht ein durch den unmittelbaren Vergleich zwischen den Ämtern deutlich wirkungsvolleres Instrument zur Umsetzung von landesweiten Zielen im Vermessungswesen.

Auf der Ebene II wird ein verwaltungsinternes Kennzahlenmanagement empfohlen, in dem detailliertere Effizienz- und Effektivitätskennzahlen erhoben werden. Die Zahlen sollen Amts- und Abteilungsleitern zur amtsinternen Steuerung und Führung dienen. Von besonderer Bedeutung ist die Einbindung der Kennzahlen in einen umfangreichen Planungs-, Controlling- und Berichtsprozess. Darüber hinaus sollen die Kennzahlen der Ebene II als Grundlage für Zielvereinbarungen und die leistungsbezogene Bezahlung nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD)

dienen. Um Datenfriedhöfe zu vermeiden, sollten sich Führungskräfte auf wenige Kennzahlen konzentrieren, diese allerdings systematisch in der Steuerung bis hin zur Evaluation des Zielerreichungsgrades anwenden.

Im Zusammenhang mit Effizienzsteigerungen und Vereinheitlichungen von Standards im Vermessungs- und Katasterwesen sind die nachvollziehbaren Untersuchungen von Frau Boele-Keimer eine wichtige Grundlage zur Schaffung von Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Kommunalen Vermessungsverwaltung.

Komplette Version (1,2 MB, 224 Seiten):

http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online/landw_fak/2008/boele-keimer_gaby/1422.pdf

(Heinrich Tilly, LGB)

Jubiläumsveranstaltung 60 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Vermessungs- verwaltungen (AdV)

Am 9. September 2008 fand in Stuttgart im festlichen Rahmen die Jubiläumsveranstaltung zum 60jährigen Bestehen der AdV statt.

Zu Beginn begrüßte der derzeitige AdV-Vorsitzende, LtD. Ministerialrat Hans Gerd Stoffel, aus Rheinland-Pfalz frühere und aktive Plenumsmitglieder. Er lobte die beständige gute Partnerschaft zwischen den Plenumsmitgliedern als wesentliche Konstante für gemeinsame fachliche Entwicklungen und große technische Fortschritte.

In Grußworten sprachen der Vorsitzende des BdVI, Michael Zurhorst zur wachsenden guten Zusammenarbeit und DVW-Präsident Hagen Graeff mit einem Bekenntnis zum Geodäten als dem klassischen Berufsträger.

Als im Jahre 1948 die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, war Deutschland ein vom Krieg in Zonen zerteiltes, in weiten Bereichen noch in Trümmern liegendes Gebilde. Es bedurfte schon Pioniergeist, Mut und Voraussicht, sich in dieser Situation für eine länderübergreifende Kooperation im Vermessungswesen stark zu machen. Dieses wurde getragen von der Einsicht,



dass es für die Funktionsfähigkeit eines Staates erforderlich ist, flächendeckend über eigentumsrechtliche und geotopographische Daten zu verfügen.

Ursprünglich als Arbeitsgemeinschaft der Länder entstanden, besteht die AdV heute aus den Mitgliedsverwaltungen der Länder und des Bundes, um der gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht zu werden. Insbesondere der breite gesellschaftliche Wandel mit seinen steigenden Anforderungen an die Verwaltung hat auch im Amtlichen deutschen Vermessungswesen deutliche Spuren hinterlassen. Ziel aller Maßnahmen ist es, die Handlungsfähigkeit

des Staates zu verbessern, die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen zu erhöhen. Dabei galt und gilt es, die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechniken in die Prozesse nutzbringend zu integrieren.

Die Aufnahme automationsgestützter Verfahren in die Aufgabenerledigung des Amtlichen deutschen Vermessungswesens hat Tradition; tritt allerdings in den letzten Jahrzehnten noch deutlicher in den Vordergrund. Schlagworte wie z.B. AFIS®, ALKIS®, ATKIS®, Standardisierung, Geodateninfrastruktur und damit einhergehend der Bewusstseinswandel weg von regionalen Einzellösungen hin zu einem einheitlichen Geodatenmanagement beherrschen heute die Diskussion, zu der die europäischen Entwicklungen und deren nationale Umsetzung einen nicht unerheblichen Beitrag liefern. Mit der Einrichtung von Zentralen Stellen und einer aktiven Unterstützung der GDI-Initiativen in Bund und Ländern haben die AdV und deren Mitgliedsverwaltungen diese Anforderungen angenommen.

Dies unterstreicht gleichfalls die Notwendigkeit, alle wesentlichen davon betroffenen Maßnahmen der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder durch die AdV zu koordinieren. Das Amtliche deutsche Vermessungswesen hat sich in den vergangenen 60 Jahren mit sichtbaren Erfolgen dieser Herausforderung gestellt. Mit den Zentralen Stellen unter Einbeziehung der sich rasant entwickelnden Informations- und Kommunikationstechnologie hat die kooperative Zusammenarbeit seit den neunziger Jahren eine neue Qualität erreicht, Ansporn für

die AdV diesen Weg konsequent weiter zu verfolgen.

Zu der Feierstunde im Kongresshotel Europe in Stuttgart begrüßte die Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum des Landes Baden-Württemberg, Frau Friedlinde Gurr-Hirsch, die Festversammlung.

„Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen gewährleistet die Einheitlichkeit, der von der Wirtschaft gebrachten Geobasisinformationen. Ohne die AdV hätten wir 16 verschiedene Stimmen; dies wäre im europäischen Kontext mehr als hinderlich. Im zusammenwachsenden Europa muss Deutschland auch im föderal strukturierten Vermessungswesen mit einer Stimme sprechen“, unterstrich die Staatssekretärin in ihrem Grußwort. Gerade im Bereich der Geoinformationen sei dies äußerst wichtig. Geoinformationen müssten in einheitlichen Standards und Normen zur Verfügung stehen. Durch die europäische INSPIRE-Richtlinie werde die Voraussetzung für eine Aktivierung des Wertschöpfungspotenzials von Geoinformationen geschaffen. INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe) unterstütze durch den Aufbau von Geodateninfrastrukturen die Lissabon-Strategie der Europäischen Union für mehr Wirtschaftswachstum.

In der AdV wirkten die Vermessungsverwaltungen der Länder zusammen, um fachliche Angelegenheiten von grundsätzlicher und überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer einheitlichen Regelung zu behandeln. So waren Vertreter der AdV bei der Konzeption für das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO beteiligt und brachten die Interessen der

Vermessungsverwaltungen Deutschlands in die europäischen Gremien ein. Die Staatssekretärin hob hervor, dass durch die Einrichtung von 'Zentralen Stellen' pro Produkt oder je Dienst ein Ansprechpartner für die Belange der Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen wurde. Damit werden hochwertige Produkte und Dienstleistungen der Vermessungsverwaltungen einheitlich und aus einer Hand abgegeben. Der Vorteil der amtlichen Geoinformationen der Vermessungsverwaltungen sind die bundesweite Verfügbarkeit, die hohe Aktualität und einheitliche Gebühren und Lizenzmodelle.

Auf das Gründungsjahr 1948 zurückblickend, bedeuteten die AdV-Initiativen zur länderübergreifenden Zusammenarbeit, Visionen für die Zukunft zu entwickeln und sie mutig anzugehen.

Die Vermessungsverwaltungen haben die Herausforderungen angenommen und sie - allen Widrigkeiten zum Trotz - unter ständiger Nutzung des technischen Fortschritts mit Bravour gemeistert.

Ziele zu definieren und Visionen zu entwickeln, verlangt in allen Situationen Weitsicht und ein hohes Maß an technischem und interdisziplinärem Sachverstand. Unser Föderalismus bietet die Chance, ein Wettbewerbssystem zur Verbesserung der Verhältnisse zu kreieren, er birgt aber auch die Gefahr in sich, zu einem Kartell der Verhinderung von Wettbewerb zu werden.

Die AdV hat erfreulicherweise ihre Visionen eines funktionierenden, auf der Höhe der Anforderungen arbeitenden amtlichen Vermessungswesens in den vergangenen Jahren konsequent umgesetzt und die notwendigen Entwicklungen initiiert, be-

gleitet oder vereinheitlicht. Sie hat damit ihre Konstruktion als Chance genutzt, so die Festrednerin.

Zur Einstimmung der Festversammlung in Stuttgart zeigte die AdV ein professionelles Video zu den Leistungen des amtlichen Vermessungswesens – von Eratosthenes bis zu heutigen 3D-Modellen, Navigation, GIS, SAPOS®, Grenzherstellung, Grundstücksbewertung – eine außerordentlich gelungene kurzweilige Show über alle amtlichen Allround-Vermessungsleistungen. Die DVD ist für 6 Euro in der LGB erhältlich.

(Heinrich Tilly, LGB)

Deutscher Dachverband für Geoinformation wählt Udo Stichling zum neuen Präsidenten

Auf der DDGI Mitgliederversammlung am 18. April 2008 in Dortmund stellte der DDGI die Weichen für die nächsten 2 Jahre und wählte einen neuen Vorstand und Beiratsmitglieder sowie als Präsidenten Udo Stichling (Wuppertal).

Dr. Bodo Bernsdorf, (Geschäftsführer der CEGI GmbH) bisheriger Präsident des DDGI eröffnete die DDGI Mitgliederversammlung 2008 in Dortmund. Er bedauerte, dass er den DDGI wegen anstehender Umstrukturierungen bei der CEGI GmbH nicht weiter als Präsident vorstehen kann.

Nach vier Jahren seiner Präsidentschaft stand nun ein fast vollständiger Wechsel im Vorstand an. Um diese Vorstandsfunktionen bewarben sich Eva Klien, Hagen Graeff und Udo Stichling. Udo Stichling bewarb sich für das Amt des DDGI-Präsidenten. Als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur (ÖbVI) und Präsidiumsmitglied des BDVI (Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V.) wurde er für die Interessengruppe „Verband“ nominiert und von der Versammlung mit großer Mehrheit gewählt.

Eva Klien, Abteilungsleiterin Graphische Informationssysteme am Fraunhofer IGD wurde als Vorstandsmitglied für die Interessengruppe „Lehre & Forschung“ vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Für die Interessengruppe „Verwaltung/ Behörde“ wird Hagen Graeff (DVW) die Arbeit im Vorstand als Vizepräsident zukünftig wahrnehmen. Mit Dr. Andreas Rose (Interessengruppe „Wirtschaft“), Dr. Gerd Buziek (Sponsorenmitglied ESRI)

und Uwe Osterkamp (Sponsorenmitglied ProDV Software AG) wurden die drei weiteren Vizepräsidenten im Amt bestätigt. „So ist mit den neuen Personen im Vorstand und den routinierten im Amt doch eine gewisse Kontinuität gewährleistet“ so Stichling zu der Gesamtzusammensetzung des neuen Vorstandes. „Da können wir mit der Arbeit sofort weiter machen!“ Ein Hauptziel der ersten Arbeit soll es sein, dass unter dem Dachverband DDGI alle Beteiligten der Geoinformationsbranche gebündelt werden, damit der DDGI der Ansprechpartner auf nationaler und internationaler Ebene wird. So möchte Stichling alle ansprechen, die im Geoinformationsbereich tätig sind. „Die Politik braucht nicht 20 Ansprechpartner, sondern nur einen - den DDGI!“

Dr. Holtkamp (Fraunhofer ISST) und Dr. Alich (Intergraph (Deutschland) GmbH) kandidierten nicht mehr für die Position des Beirats, so dass auch im Beirat personelle Änderungen erforderlich waren.

Das Gesamtergebnis der Wahl hier noch einmal im Einzelnen:

Vorstand:

Präsident:

Udo Stichling, ÖbVI Wuppertal

Vizepräsidenten:

Eva Klien

Dr. Gerd Buziek

Hagen Graeff

Uwe Osterkamp

Dr. Andreas Rose

Beirat:

Dr. Peter Aschenberner, DGfK (Interessengruppe "Verband")

Michael-Erich Aust, ARC-GREENLAB GmbH, (Interessengruppe "Wirtschaft")

Dr. Joachim Behrens, Bundesanstalt für Gewässerschutz (Interessengruppe "Behörde")

Karsten Muth, Verband Deutscher Vermessungsingenieure e.V. (Interessengruppe "Verband")

Lily Reibold-Spruth, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Interessengruppe "Behörde")

Bernhard Ruff, T-Systems Enterprise Service GmbH (Interessengruppe "Wirtschaft")

Johannes Schöniger, BITKOM e.V. (Interessengruppe "Verband")

Ingo von Stillfried, Deutscher Verein für Vermessungswesen (Interessengruppe "Verband")

Dr. Hans Voss, Fraunhofer IAIS (Interessengruppe "Forschung & Lehre")

Dr. Heiko Willenbacher, Lehmann + Partner GmbH (Interessengruppe "Wirtschaft")

Die Vermessungsverwaltung Brandenburgs hat in den vergangenen Jahren mit dem ausscheidenden Präsidenten, Dr. Bernsdorf, sowie mit den Vorstands- und Beiratsmitgliedern engagierte und konstruktive Kontakte gepflegt und drückt die Hoffnung aus, dass diese Zusammenarbeit fortgesetzt wird.

(Heinrich Tilly, LGB)

EU-Förderung zum Aufbau der Geodaten-Infrastruktur Brandenburg

Am 18. Juni 2008 trat die Förderrichtlinie des Ministeriums des Innern zum Aufbau der Geodateninfrastruktur im Land Brandenburg (GDI-Förderrichtlinie, ABl. 24/08 S. 1464) in Kraft.

Für den Zeitraum 2007 bis 2013 werden dem Land Brandenburg von der Europäischen Union 1,499 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt. Davon sind 29 Millionen Euro für den Aufbau der Geodateninfrastruktur (GDI) vorgesehen. Mit dem Aufbau der GDI wird die Verfügbarkeit und Verknüpfung von Geoinformationen der Verwaltung, der Wirtschaft und der Wissenschaft angestrebt, so dass sie im Internet recherchierbar und analysierbar werden,

als komplexe Datenströme transportiert und anschaulich im Internet visualisiert werden können.

Ein Beispiel für den Nutzen, den die Geodateninfrastruktur bietet, ist das zur diesjährigen CeBIT vorgestellte Geothermie-Portal www.geo-brandenburg.de. Die Verknüpfung von topographischer Landkarte, geologischen Informationen und Informationen zu Wasserschutzgebieten erlaubt dabei eine Aussage, ob an einem bestimmten Ort Erdwärme genutzt werden kann.

Auf Grundlage der GDI-Förderrichtlinie können Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Wirtschaftsunternehmen Fördermittel für ihre GDI-Maßnahmen beantragen.

Für GDI-Maßnahmen des Landes besteht ebenfalls die Möglichkeit der Förderung. Grundlage dafür bilden die Grundsätze zur Strukturfondsförderung von GDI-Maßnahmen des Landes, die zeitgleich mit der GDI-Förderrichtlinie in Kraft getreten sind.

Für GDI-Vorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie des Landes werden folgende Maßnahmen gefördert:

- Vergabeleistungen für die Konzeption und den technischen Aufbau von Infrastrukturknoten und Geoportalen.
- Vergabeleistungen zur Erfassung der Metadaten zu den Daten und Bestandteilen der Geodateninfrastruktur.
- Vergabeleistungen zur Aufbereitung von digitalen Daten mit Raumbezug. Dies betrifft vorrangig die in den Anhängen I bis III der INSPIRE-Richtlinie geforderten Geodaten-Themen.
- Vergabeleistungen zur Digitalisierung von lediglich analog vorliegenden Informationen mit Raumbezug entsprechend den Anhängen I bis III der INSPIRE-Richtlinie.
- Die Beschaffung von Hard- und Software, soweit sie für die Nutzbarmachung der vorgenannten Leistungen erforderlich ist und Bestandteil der GDI im Land Brandenburg wird.

Wirtschaftlich tätige Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen einschließlich Freiberufler mit Betriebsstätte beziehungsweise Niederlassungsort im Land Brandenburg, können Fördermittel für die Konzeption und den technischen Aufbau von Geoportalen beantragen.

Das Förderverfahren wird vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (MI) koordiniert. Der Landesbetrieb Lan-

desvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) ist ebenfalls in das Förderverfahren eingebunden. Seit September 2008 ist hier eine Prüfstelle eingerichtet, welche die fachtechnische Prüfung der Anträge durchführt. Bewilligt werden die Fördermittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB). Anträge sind über das MI an die ILB zu richten.

Antragsformulare, Ansprechpartner und weitere Informationen zur Förderung von GDI-Maßnahmen finden Sie auf den Seiten der Geodateninfrastruktur Berlin-Brandenburg unter <http://gdi.berlin-brandenburg.de>.

(Susanne Köhler, MI)

Projekt „Digitale Verbindung Liegenschaftskataster/Grundbuch“ in Berlin

Allgemeines

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis aller Grundstücke im Sinne der rechtlich verankerten Eigentumsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundbuch legt als öffentliches Register die Eigentumsverhältnisse an den Grundstücken offen, macht die dinglichen Belastungen kenntlich und stellt die Rangverhältnisse der Belastungen untereinander klar. Zusammen bilden sie in Deutschland das Fundament für Immobilieneigentum und Realkredite.

Das Flurstück als geometrisch eindeutig abgegrenzter Teil der Erdoberfläche bildet allein oder zusammen mit anderen Flurstücken das Grundstück und ist somit sowohl Buchungseinheit im Liegenschaftskataster als auch Bezugsgröße im Grundbuch. Die Daten zum Grundstück und zugehörigem Eigentumsverhältnis bilden also eine Schnittmenge zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster. Aufgrund der Maßgabe, dass das Liegenschaftskataster und das Grundbuch hinsichtlich dieser Daten in Übereinstimmung zu halten sind, ist hier ein Datentransfer zum Informationsaustausch notwendig.

In Berlin werden die grundstücksbezogenen Sach- und Geometriedaten des Liegenschaftskatasters in den Datenverarbeitungsverfahren Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) flächendeckend und aktuell geführt. In der ALK werden darüber hinaus weitere Geoinformationen gespeichert. Das Grundbuch wird maschi-

nell mit der Fachanwendung SolumSTAR (solum = lat. für Grund/Boden; STAR = System für Textverarbeitung, Archivierung und Recherche) betrieben.

ALB

Das ALB wird in zehn Bundesländern eingesetzt. Die Programmierung und die Programmpflege wurde bis Ende 2005 von den Ländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz arbeitsteilig geleistet. Die Koordination erfolgte in der zentralen Stelle der Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN). Das Land Berlin setzt das ALB auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung als Nutzungsberechtigter ein. Diese Verwaltungsvereinbarung wurde Ende 2005 von den vier o. g. Ländern gekündigt. Neben Berlin sind noch fünf weitere Bundesländer nutzungsberechtigt.

Die derzeit rund 380 000 Berliner Flurstücke werden vollständig im ALB geführt. Es gibt zwölf Bezirksdatenbanken auf zwölf Liegenschaftsservern, die durch die jeweilige bezirkliche Vermessungsstelle täglich fortgeführt werden. Jede bezirkliche Vermessungsstelle verfügt über eine webbasierte Auskunftskomponente. Bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung steht zusätzlich ein zentraler Server, der täglich durch ein nächtliches Update von allen Bezirksservern aktualisiert wird.

Die Verfahren ALB und ALK werden aufgrund eines Beschlusses der Arbeitsge-

meinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) durch das Verfahren ALKIS® (Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem) abgelöst. Die Implementierung des Verfahrens ALKIS® erfolgt in Berlin als eigenständiges Projekt des behördlichen Vermessungswesens Berlin unter der Leitung der Abteilung III der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Beteiligung der bezirklichen Vermessungsstellen. Die Projektplanungen gehen davon aus, dass ALKIS® 2009 in Berlin eingesetzt wird und damit die Verfahren ALB und ALK eingestellt werden.

SolumSTAR

SolumSTAR ist eine von einem Länderverbund von 13 Bundesländern entwickelte und eingesetzte Software zur elektronischen Bearbeitung und dauerhaften Archivierung der Grundbuchdaten. In Berlin werden die Grundbücher von den Grundbuchämtern der Amtsgerichte Hohenschönhausen, Köpenick, Lichtenberg, Schöneberg, Spandau und Tempelhof-Kreuzberg geführt. An jedem Standort befindet sich ein Server, der mit einem Zentralrechner verbunden ist. Die Fortführung der Grundbuchdaten wird dezentral von den Grundbuchämtern angestoßen und zentral archiviert.

Mit dem derzeit durchgeführten Projekt „Neuentwicklung eines datenbankgestützten EDV-Grundbuchs“, an dem alle 16 Bundesländer beteiligt sind, wird eine bundeseinheitliche Fachanwendung auf Basis eines datenbankorientierten Grundbuchs entwickelt. Ende des Jahres 2012 wird das Projekt nach derzeitigen Planungen beendet sein. Die neue Fachanwendung wird die in

den Ländern eingesetzten Verfahren ablösen. Der Einsatz des zukünftigen Verfahrens soll dann alle Anforderungen an ein modernes Fachverfahren einschließlich des elektronischen Rechtsverkehrs und der Bedienung der Schnittstelle zu den Programmen der Vermessungsverwaltung erfüllen.

Projekt

Das Projekt „Digitale Verbindung Liegenschaftskataster/Grundbuch“ ist entstanden aus dem Projekt „Amtliche Vermessung Berlin“. In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Justiz wird die von den Bundesländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen entwickelte digitale Verbindung (Schnittstelle) an die Berliner Belange angepasst und schrittweise eingeführt. Der bislang in Papierform vorgenommene Datenaustausch und die händische Übernahme der Daten in das jeweilige System werden damit durch einen digitalen Transfer nebst automationsunterstützter Übernahme der Daten abgelöst.

Im Rahmen der digitalen Verbindung wird dem Fachverfahren SolumSTAR eine ALB-Grundausrüstung aller Flurstücke des Landes Berlin zur Verfügung gestellt. Diese ALB-Grundausrüstung muss mit den Daten in den Grundbüchern abgeglichen werden, damit die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch gewährleistet und eine widerspruchsfreie Fortführung beider Datenbestände möglich ist. Die Grundbuchämter erfahren für die Zeit des Datenabgleichs personelle Unterstützung im Rahmen von Übergangseinsätzen, da diese zusätzliche Aktion nicht mit dem vorhandenen Personal geleistet werden kann. Um

ein Höchstmaß an Effektivität zu erzielen, wird der Datenabgleich systematisch - von zentraler Stelle geleitet - für alle Grundbuchstandorte vorgenommen. Das hat den Vorteil, dass die zusätzlich eingesetzten Arbeitskräfte der beteiligten Stellen nur für einen begrenzten Zeitraum gebunden werden. Der Datenabgleich wird voraussichtlich Ende des Jahres 2009 vollständig vollzogen sein.

Mit der digitalen Verbindung wird es eine Optimierung der Verfahrensabläufe

und eine Beschleunigung der Abwicklung geben, da rein manuelle Erfassungsarbeiten überwiegend entfallen werden. Durch den Einsatz der IuK-Komponenten werden die Modernisierungsbestrebungen der eGovernment-Initiative des Landes Berlin unterstützt.

(Manuela Menelao,

Senatsverwaltung für Justiz

Jens Hagenhaus,

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung)

„Elektronisch frei Haus“ – Der Zugang zu Fachinformation über Virtuelle Fachbibliotheken

Als im Jahre 1997 die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) darlegte, dass künftig „... virtuelle Fachbibliotheken ... für den wissenschaftlichen Benutzer eine gebündelte Informationsversorgung, aus einer Hand (one-hand-shop-Konzept), möglichst ohne Medienbruch, realisieren sollen...“, zeichnete sich eine neue Art der Literaturrecherche ab, welche heute zum festen Repertoire großer wissenschaftlicher Bibliotheken gehört. Zwar lagen schon längst Kataloge und Datenquellen in elektronischer Form vor und wurden via Internet durchsucht; neu war jedoch der Plan, dass besonders qualifizierte Bibliotheksmitarbeiter die stetig wachsende Menge an Informationen und Quellen, die zu einem Fachgebiet im Netz abgelegt werden, an einer Stelle bündeln, bewerten, sortieren und erschließen, oft auch direkt zugänglich machen sollten. Mussten Wissenschaftler bis dato diverse Quellen einzeln abfragen, und schlossen sich nicht selten lange Beratungsgespräche

und kostspielige Telefonate, oft Reisen zu den gesuchten Dokumenten an, so sollte künftig „... der Benutzer in der Lage sein, sich mit seinem Informationswunsch an eine fachliche Organisationseinheit - die virtuelle Fachbibliothek - zu wenden, in der die Nachweisfunktion, die Zuordnung und die Vermittlung fachlicher Informationen in gedruckter oder elektronischer Form organisatorisch vorbereitet und in der Durchführung kooperativ sichergestellt sind.“[1]

Schon früh hatten Wissenschaftler, Bibliothekare und Förderer darauf aufmerksam gemacht, dass sich mit dem Aufkommen digitaler Informationsumgebungen die Art der Versorgung mit Forschungsliteratur beim wissenschaftlichen Arbeiten nicht nur verändern kann, sondern auch verändern muss. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), jene zentrale Einrichtung, die zur Stärkung der Forschung in Deutschland auch die Infrastruktur der wissenschaftlichen Bibliotheken fortlaufend konzepti-

onell und finanziell fördert, bezog dies bei allen weiteren Überlegungen zum Ausbau der Literaturversorgung in Deutschland ein und entwickelte wegweisende Strategien. Die Grundlage für den geplanten Aufbau virtueller Fachbibliotheken (ViFas) bot das schon seit Jahrzehnten, ebenfalls durch die DFG etablierte und international sehr beachtete System der Sondersammelgebiete (SSG): Seit 1949 wird hoch spezialisierter Literaturbestand zu einzelnen Fächern in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken konzentriert, indem jeder beteiligten Bibliothek eines oder mehrere Fachgebiete zugeordnet sind, für welches sie die Publikationen aller Art sammelt. Es lag nahe, auch die neu entstehenden ViFas, wenn möglich, bei der jeweiligen SSG-Bibliothek anzusiedeln und sie so mit

den konventionellen Beständen in enge Beziehung zu bringen.

Heute kommt man mit dem Besuch einer ViFa - unabhängig von Zeit und Ort - innerhalb kürzester Zeit und mit geringem Aufwand zu einem breiten Spektrum an qualitativ hochwertigen Informationen. Virtuelle Fachbibliotheken ebnen die Wege zu den konventionellen Beständen wie gedruckten Monographien und Zeitschriften, indem sie die Online-Kataloge der Bibliotheken ansteuern; sie schaffen den Zugang zu kostenpflichtigen Verlagsprodukten wie Fachdatenbanken, elektronischen Zeitschriften oder elektronischen Büchern (E-Books); sie präsentieren kostenfreie elektronische Zeitschrifteninhaltsverzeichnisse, Neuerwerbungslisten, frei zugängliche Inter-



Virtuelle Fachbibliotheken setzen die Welt neu zusammen (im Bild: sehr seltener Puzzle-Globus „La Terre“ von Ch. Kapp, um 1870 in mehreren Sprachen vermutlich in Nürnberg erschienen, Durchmesser ca. 14 cm; Kartenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin)

netressourcen, Angebote auf Publikationsservern und anderes mehr. Zunehmend verweisen sie auch auf Handschriften, Autographe, seltene Drucke und andere Bibliotheksbestände, welche inzwischen digitalisiert und übers Internet zugänglich geworden sind.

Dank des Bibliotheksförderprogramms der DFG wuchsen in den letzten Jahren bereits 41 ViFa heran. Bei den Wissenschaftlern etablieren sie sich zunehmend als *die* zentralen Einstiegspunkte für Online-Recherchen. Ihre breite Akzeptanz hat sicher auch damit zu tun, dass bei der Erschließung, Speicherung und Archivierung des gesamten Fachangebots bibliothekarische Standards gelten - ein qualitativer Wert an sich. Ein anderes Qualitätsmerkmal, zudem benutzerfreundlich, ist die eingesetzte Portalsoftware, welche eine gebündelte „Metasuche“ in den heterogenen Informationsressourcen ermöglicht. Diese Metasuche ist häufig auch gleich mit einer Recherche zur Verfügbarkeit und der Möglichkeit der Dokumentbereitstellung bzw. der Dokumentlieferung verbunden. Wer als registrierter Benutzer in einer ViFa unterwegs ist, kann oft bereits auf individuell zugeschnittene Dienstleistungen zugreifen, kann Trefferlisten speichern oder für Alert-Dienste spezielle Suchprofile einrichten. Als Fachservice werden inzwischen auch aktuelle fachwissenschaftliche Informationen wie Veranstaltungshinweise, Veranstaltungskalender, Informationen zu Studiengängen oder Stellenangebote bereitgehalten.

Natürlich bieten auch die Staatsbibliothek zu Berlin und die Bayerische Staatsbibliothek den Wissenschaftlern und Forschern breite Unterstützung und

betreiben online bereits jeweils drei virtuelle Fachbibliotheken. Die ViFa Recht, die ViFa Ost- und Südostasien CrossAsia und die ViFa Slavistik werden in Berlin gepflegt und ausgebaut. München ist mit der ViFa Ost, der ViFa Musik und der ViFa Propylaeum (Altertumswissenschaften) präsent; eine vierte, die ViFa Romanischer Kulturkreis, wird im kommenden Jahr aufgebaut.

Virtuelle Fachbibliotheken in Berlin...

Wer rechtswissenschaftliche Fachinformationen im Internet sucht, sollte die ViFa Recht anwählen. Mithilfe der Metasuche werden parallel 27 Datenbanken durchsucht, der Fachinformationsführer verweist derzeit auf knapp 2900 wissenschaftlich relevante juristische Internetquellen. Die juristischen Bestände der Staatsbibliothek zu Berlin, aufgrund der Pflege des Sondersammelgebiets Recht hinsichtlich Tiefe und Breite qualitativ hervorragend, können direkt recherchiert werden. Gedruckte und elektronische Aufsätze und Fachzeitschriften sind nach diversen Kriterien komfortabel recherchierbar; kostenfreie Online-Datenbanken sind direkt erreichbar. Gemeinsam mit sieben großen Kooperationspartnern, darunter die Bibliotheken der Universitäten in Konstanz und St. Gallen, das Deutsche Institut für Menschenrechte und die Zentralbibliothek Recht der Universität Hamburg, bereichert die Staatsbibliothek zu Berlin fortlaufend dieses Angebot, welches seit 2005 im Netz zu finden ist.

... und München

Das erste derartige Projekt an der Baye-

rischen Staatsbibliothek war der Aufbau der ViFa Ost, der Virtuellen Fachbibliothek Osteuropa. Von der DFG im Jahr 2002 bewilligt, bauten die Experten der Bayerischen Staatsbibliothek gemeinsam mit ihren Kollegen vom Osteuropainstitut München, der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historicum der Ludwigs-Maximilians-Universität München und des Herder-Instituts Marburg ein fächerübergreifendes Regionalportal auf, das schon 2003 erfolgreich seinen Online-Gang antreten konnte: Fachinformationen zu Geschichte, Sprache, Literatur, Politik, Informationswesen und Kultur der Länder und Regionen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas werden hier angeboten. Dabei konnten Beziehungen zu rund 25 weiteren Kooperationspartnern geknüpft und in engem Kontakt mit der Wissenschaft regionale und überregionale Sonderdienste aufgebaut werden. Derzeit sind 16 verschiedene Datenquellen unter der Metasuche der ViFa Ost gebündelt, darunter drei Bibliothekskataloge, vier Fachdatenbanken bzw. Fachbibliographien und insgesamt sechs Nachweisinstrumentarien für elektronische bzw. gedruckte Zeitschriften bzw. Zeitschriftenaufsätze. Die eingesetzte Portalsoftware ermöglicht eine systematische Recherche, eingrenzbar nach geographischem Raum, Sache und Zeit.

Die ViFa Musik, seit August 2006 für jedermann online zugänglich, ist ebenfalls ein Kooperationsprojekt - beteiligt sind das Staatliche Institut für Musikforschung in Berlin sowie die Gesellschaft für Musikforschung in Kassel. Das Angebot ist in drei Teile gegliedert:

a) Literaturangebote (Katalog der Musik-

abteilung der Bayerischen Staatsbibliothek, Zeitschriftenschau, elektronische Zeitschriftenbibliothek, Bibliographie des Musikschritftums online, Neuerwerbungslisten, Internetressourcen),

b) Fachdatenbanken und Digitalisierungen (Online Datenbanken, Répertoire International d'Iconographie Musicale, Bayerisches Musiker-Lexikon Online, Digitalisierungen),

c) Forum für die wissenschaftliche Kommunikation (Institute, Experten und Projekte, Dissertationsmeldestelle, Veranstaltungskalender, Tagungsberichte, Rezensionen).

Neben der Metasuche, die aktuell zehn verschiedene Datenquellen bündelt, wird auch hier eine systematische Suche angeboten. Derzeit arbeiten die Fachleute an der Einbindung eines besonderen Moduls: Sie versuchen, auch nicht-textuelle Dokumente – beispielsweise Musik - ganz oder teilweise automatisch erschließbar, speicherfähig sowie recherchierbar zu machen.

Die jüngste ViFa, welche unter der Federführung der Bayerischen Staatsbibliothek online zugänglich ist, ist die ViFa Altertumswissenschaft Propylaeum. Schließlich arbeiten die Münchner Experten seit Januar 2008 mit der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn, der Universitätsbibliothek Mainz und dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg gemeinsam am Aufbau der ViFa Romanischer Kulturkreis. Das Informationsportal über die Länder Frankreich und Italien wird auch die allgemeine Romanistik einbeziehen sowie den schon bestehenden Fachinformationsführer „GuideRom“ integrieren, welcher in Bonn als Teilprojekt der ViFa Französische Sprache und Literatur entstand.

Übrigens: Alle ViFa sind in dem fächerübergreifenden Wissenschaftsportal VAS-CODA vereint, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und von der DFG gefördert wird. Bei <http://www.vascoda.de> finden Sie alle Einstiegspunkte zu den ViFa der einzelnen Fächer, zugleich gibt es den Zugang über die allgemeine Gruppierung nach Ingenieur- und Naturwissenschaften, Medizin- und Biowissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Geistes- und Kulturwissenschaften/Regionen.

Literatur:

[1] Rutz, Reinhard: „SSG-Programm, Virtuelle Fachbibliotheken und das För-

derkonzept der DFG“; Vortrag gehalten auf dem Workshop an der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen am 11.12.1997 zum Thema „SSG-Bibliotheken und elektronische Fachinformationen im Internet“.

Weiterführende Links:

<http://www.vifa-recht.de>

<http://www.vifaost.de>

<http://www.vifamusik.de>

<http://www.propylaeum.de>

(Jeanette Lamble,
Staatsbibliothek zu Berlin -
Preußischer Kulturbesitz)

BDVI-Bund wählt Michael Zurhorst zum neuen Präsidenten

Auf seiner diesjährigen Jahrestagung, die vom 15. bis 17. Mai 2008 in Berlin stattfand, wählte die Mitgliederversammlung des BDVI Michael Zurhorst einstimmig zum neuen Präsidenten. Zurhorst löst damit Volkmar Teetzmann ab, der nach 9-jähriger Amtszeit nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung stand. In seiner Antrittsrede dankte der neue Präsident des BDVI seinem Vorgänger für die vielen Jahre erfolgreicher Arbeit für den Verband und seine Mitglieder. An diese erfolgreiche Arbeit gedenke er anzuschließen, so Zurhorst.

Über seine programmatischen Ziele sagte Zurhorst: „Gemeinsam mit Ihnen möchte ich den Wertekern des freiberuflichen Berufsstandes des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs (ÖbVI) neu definieren und diesen im

Sinne eines Vertrauensmarketings in der Öffentlichkeit verbreiten.“ Eine große Herausforderung für die Zukunft sieht der BDVI-Präsident zudem in der Erweiterung der bestehenden Kernkompetenzen der Berufskollegen: „Um auch langfristig als ÖbVI Erfolg zu haben, ist es unumgänglich, unseren Aufgabenkanon weiter zu entwickeln. Ich denke da insbesondere an die Bereiche Bewertung und Geoinformationen. Hier liegen die ganz großen Zukunftschancen unseres Berufes.“ Neben diesen beiden Zielen liegt Zurhorst zudem viel daran, die Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Vermessungsverwaltungen so zu festigen, dass eine gemeinsame Strategie zur Zukunft des Vermessungsberufes entwickelt werden kann. Damit setzt Zurhorst die konstruk-

tive Zusammenarbeit seines Vorgängers fort. Als Aufsichtsbehörde über die ÖbVI in Brandenburg begrüßt die LGB nachdrücklich dieses Ziel.

Nach dem Studium in Bonn erhielt Michael Zurhorst am 1.01.1986 seine Bestellung zum ÖbVI in Werne. Gleichzeitig übernahm er damit den väterlichen Betrieb in der 3. Generation. Seit 1990 ist er zudem geschäftsführender Gesellschafter der grit GmbH, einem Dienstleistungsunternehmen im GIS-Bereich. Im gleichen Jahr wurde er in den Vorstand der BDVI-Landesgruppe NRW sowie in den BDVI-Bundesvorstand gewählt. Des Weiteren ist er Vorsitzender der Fachkommission Vermessung des Ausschusses für die Honorarordnung (AHO e. V.), Vorstandsmitglied der IKBau NRW sowie Aufsichtsratsmitglied der Hansa Luftbild AG.

Ebenfalls neu ins Präsidium gewählt wurde der Cochemer ÖbVI Dipl.-Ing.

Hans Ulrich Esch, der seit 1995 Vorsitzender der BDVI-Landesgruppe Rheinland-Pfalz ist. Ulrich Esch übernimmt das Amt des 1. Vizepräsidenten von Dr.-Ing. Hubertus Brauer. Bestätigt wurde als 2. Vizepräsident Dipl.-Ing. Udo Stichling, als Schatzmeister Dipl.-Ing. Sebastian Pöttinger, als FORUM-Schriftleiter Dr.-Ing. Walter Schwenk sowie als weitere Präsidiumsmitglieder Dr.-Ing. Hubertus Brauer und Dipl.-Ing. Dieter Seitz.

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure gibt es flächendeckend in allen Bundesländern mit Ausnahme Bayerns. Mit rund 1 300 Mitgliedern und einem Anteil von rund 90 % der Berufsträger ist der Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V. (BDVI) die starke berufsständische Vertretung der ÖbVI im Bundesgebiet.

(Heinrich Tilly, LGB)

Frau Jolanta Orlińska neue Hauptgeodätin in Polen

Am 26.03.2008 hat der Vorsitzende des polnischen Ministerrates den bisherigen Hauptgeodäten Polens, Herrn Wiesław Potrapeluk, entlassen. Am 27.03.2008 wurde der Posten Frau Dipl.-Ing. Jolanta Orlińska übertragen. Sie ist der 14. Hauptgeodät Polens und erstmalig wurde mit dieser Funktion eine Frau betraut. Frau Orlińska hat die polytechnische Hochschule in Warschau, Fachrichtung Geodäsie und Kartographie absolviert (Studienbeginn 1986). Sie besitzt das Zertifikat der Delft University of Technology und der Univer-

sity of Cambridge auf dem Gebiet „Land Information Systems“.

Zuletzt war sie Direktorin des Departements Kataster der landwirtschaftlichen Betriebe in der Agentur für Restrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft in Warschau, zuständig für die Fachbereiche: LPIS (System der Führung/Identifizierung der landwirtschaftlichen Grundstücke), GIS und Führung der Orthophotokarte für die Landwirtschaft in Polen.

(Heinrich Tilly, LGB)

Digital Earth Summit on Geoinformatics Tools for Global Change Research

Vom 12. bis 14. November 2008 findet am GeoForschungsZentrum (GFZ) in Potsdam die Tagung "Digital Earth Summit on Geoinformatics: Tools for Global Change Research" statt.

Diese internationale Tagung steht unter der Schirmherrschaft der International Society for Digital Earth (ISDE) und wird von der Gesellschaft für Geoinformatik (GfGI) gemeinsam mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK), dem GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam, dem Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission sowie dem Geotechnologienprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veranstaltet.

Das diesjährige Thema der Konferenz knüpft in doppelter Weise an den Friedensnobelpreisträger Al Gore an. Der ehemalige US-Vizepräsident hat sich sowohl für die Entwicklung der Geoinformatik als auch für die der Global Change Forschung eingesetzt.

In einer Rede im Januar 1998 stellte er seine Idee von einer digitalen Erde als eine hochauflösende, dreidimensionale Darstellung des Planeten vor, in die aus allen Wissensbereichen Geodaten integriert werden können. Auf diese Vision aufbauend fand 1999 das erste „Digital Earth Symposium“ in Peking statt. Seitdem wird das Symposium alle zwei Jahre ausgerichtet.

Ferner hat Al Gore mehrere Schriften zum Umweltschutz veröffentlicht und hält weltweit Vorträge zu diesem Thema. Den Friedensnobelpreis erhielt Al Gore im

Jahr 2007 gemeinsam mit dem United Nations Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) für die Bewusstmachung und Warnung vor der Klimakrise und ihrer globalen Gefahren.

Der Kongress stellt eine Verbindung zwischen Geoinformatikern und Global Change Forschern her. Beide wissenschaftlichen Gebiete arbeiten an Modellen der digitalen Erde, jedoch sind sie zumeist nur an den Ansprüchen ihres jeweiligen Fachgebietes ausgerichtet und Synergien werden wenig ausgenutzt. Die Konferenz ist ein Treffpunkt zur Diskussion und Definition gemeinsamer Strategien.

Die Kongressteilnehmer erwartet ein hochinteressantes wissenschaftliches Programm, das brandaktuelle Themen mit hoher Brisanz aufgreift. Als Vortragende konnten renommierte Wissenschaftler aus der Geoinformatik und der Global Change Forschung gewonnen werden.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung sind unter <http://www.isde-summit-2008.org> veröffentlicht.

(Martina Braune, LGB)

Bachelor-Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Geoinformation“

Einführung

An der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven werden am Studienort Oldenburg seit mehr als 60 Jahren Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure ausgebildet. Im Wintersemester 1997/98 wurde - erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland - neben dem Diplom-Studiengang Vermessungswesen ein eigenständiger Diplom-Studiengang „Geoinformatik“ eingeführt. Mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung im Jahre 1999 hat sich die Bundesrepublik nun verpflichtet, bis 2010 ihre Studienabschlüsse auf zweigestufte Bachelor- und Master-Abschlüsse umzustellen (Abb. 1).

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven hat diese Umstellung nun bereits zum Wintersemester 2005/2006 vorgenommen: Die fast 80 Diplom-Studiengänge wurden deutlich reduziert auf knapp 40 Bachelor-Studiengänge. Die Abteilung Geoinformation des Fachbereichs Bauwesen und Geoinformation, der zur Zeit 13 Professorinnen und Professoren aus den Bereichen Geodäsie, Geoinformatik, Informatik und Planung angehören, hat sich in einer über einjährigen Planungsphase entschlossen, künftig die beiden Bachelor-Studiengänge „Angewandte Geodäsie“ und „Geoinformatik“ anzubieten; Abschluss ist jeweils der „Bachelor of Science“. Die Regelstu-

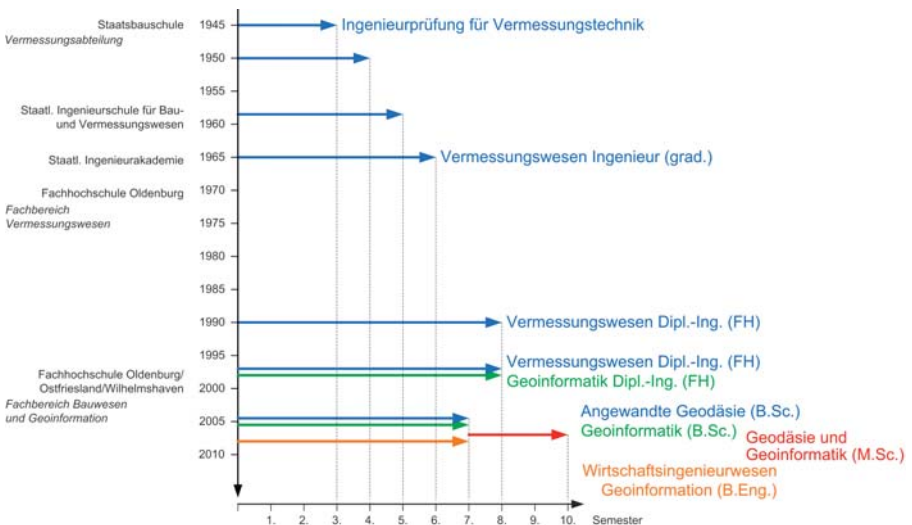


Abb. 1: Zur Entwicklung der Studiengänge im Bereich der Geoinformation an der Fachhochschule in Oldenburg

dienzeit beider Bachelor-Studiengänge beträgt sieben Semester. Im letzten Semester bearbeiten die Studierenden eigenständig außerhalb der Hochschule ein Praxisprojekt, aus dem sich typischerweise auch das Thema ihrer Bachelor-Arbeit ergeben kann. Hierdurch ist häufig die Möglichkeit zum nahtlosen Berufseinstieg gegeben. Die Akkreditierung der Studiengänge er-

folgte im Herbst 2005 durch die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA) ohne Auflagen.

Neuer Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Geoinformation“

Durch engen Kontakt zu Firmen, Verwaltungen und sonstigen Einrichtungen entstanden Anfang 2007 erste Skizzen

CP	1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.	5. Sem.	6. Sem.	7. Sem.				
1							Praxisprojekt				
2	Lineare Algebra und Analysis	Technisches Englisch	Geoinformationssysteme	Datenbanken	Raumbeobachtung	Kommunikation und Verhandlungsführung		Praxisprojekt			
3											
4											
5											
6	Zivilrecht	Statistik	Topographie	Raumplanung	Geo-Basisdaten	Geo-Business			Praxisprojekt		
7											
8											
9											
10	Programmieren	Kartographie	Wahlpflicht	Wirtschaftsgeographie	Projektentwicklung	Praxisprojekt					
11											
12											
13											
14	Wissenschaftl. Arbeiten	Wirtschaftsmathematik	Wahlpflicht	Wahlpflicht	Geo-Marketing					Praxisprojekt	
16											
17											
18											
19	Business English	Wahlpflicht	Wahlpflicht	Geo-Marketing	Wahlpflicht		Praxisprojekt				
20											
21	Vermessungskunde	Ortung und Navigation	Web-Engineering	Handels- und Wirtschaftsrecht	Controlling			Wahlpflicht			Praxisprojekt
22											
23											
24											
25	Volkswirtschaftslehre	Buchführung und Jahresabschluss	Kosten- und Leistungsrechnung	Finanzwirtschaft	Wahlpflicht			Kaufmännische Geschäftsprozesse	Praxisprojekt		
27											
28											
29											
30											

Kompetenzbereiche:

Grundlagen	Wirtschaftswissenschaft	Integration	Geoinformation
------------	-------------------------	-------------	----------------

Abb. 2: Modulübersicht des Bachelor-Studiengangs „Wirtschaftsingenieurwesen Geoinformation“

zu einem in der Bundesrepublik einmaligen neuen Bachelor-Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Geoinformation“, der mit dem „Bachelor of Engineering“ abschließt. Hierbei wird nun neben der reinen Gewinnung, Verarbeitung, Visualisierung und Selektion von Geo-Daten ein gänzlich neuer Aspekt in den Vordergrund treten: Die betriebswirtschaftliche Bewertung dieser heute immer wichtiger werdenden Daten. Eine Befragung des Arbeitsmarktes ergab einen in naher Zukunft stetig wachsenden Bedarf an Absolventinnen und Absolventen mit dieser Qualifikation. Im Rahmen der zusätzlichen finanziellen Möglichkeiten, die der Hochschulpakt 2020 den Hochschulen bietet, und vor dem Hintergrund, dass im Fachbereich bereits ein Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Bauwirtschaft“ angeboten und sehr erfolgreich nachgefragt wird, kann dieser neue Studiengang bereits zum Wintersemester 2008/2009 starten. Die Akkreditierung wird rechtzeitig im Sommer 2008 erfolgen.

Neben Modulen aus dem Grundlagenbereich stammen jeweils ca. 25 % der Module aus dem Bereich der Geoinformation und aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften. In einem so genannten Integrationsbereich werden in Modulen, die für diesen Studiengang spezifisch sind, beide Wissenschaftsbereiche zusammengeführt (Abb. 2). Zum Start dieses Studiengangs wird daher eine neue Professur besetzt werden, die den Bereich des Geo-Marketing, des Geo-Business und der Wirtschaftsgeographie abdeckt. Im 7. Semester bearbeiten Studierende eigenständig ein Praxisprojekt außerhalb der Hochschule; durch diesen intensiven Kontakt zu Firmen etc. wird sich

auch für diese Studierenden häufig der erste Einstieg ins Berufsleben ergeben.

Da der Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Geoinformation“ zu einem Großteil aus den bereits bestehenden Bachelor-Studiengängen „Angewandte Geodäsie“, „Geoinformation“ und „Wirtschaftsingenieurwesen Bauwirtschaft“ versorgt werden wird, ist eine Aufnahmekapazität von (nur) 20 Studierenden möglich. Wie alle anderen Bachelor- und Master-Studiengänge des Fachbereichs ist auch dieser neue Studiengang nicht zulassungsbeschränkt. Absolventinnen und Absolventen der Studiengänge aus dem Bereich der Geoinformation und auch der Betriebswirtschaft werden durch individuelle Studienvereinbarungen den neuen Bachelor-Studiengang in deutlich kürzerer Zeit studieren können.

(Prof. Dr.-Ing. Hero Weber,
Fachbereich Bauwesen und
Geoinformation,
Fachhochschule Oldenburg/
Ostfriesland/Wilhelmshaven,
Oldenburg)

Enge Kooperation zwischen AdV und DDGI vereinbart

Plattform zum Abgleich von Angebot und Nachfrage am Geomarkt

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) und der Deutsche Dachverband für Geoinformation (DDGI) wollen künftig zwei- bis dreimal pro Jahr zu Arbeitsgesprächen zusammenkommen. Dazu werden sich Vertreter der Taskforce PRM (Public-Relations und Marketing) der AdV und der Fachgruppe Geodatenmarkt des DDGI treffen mit dem Ziel, auf diese Weise gemeinsam auf eine optimale Bedarfsorientierung bei der Bereitstellung amtlicher Geodaten der Vermessungsverwaltungen (Geobasisdaten) hinzuwirken. Grundlage ist eine Vereinbarung, die während zweier Spitzengespräche von AdV und DDGI in den Jahren 2007 und 2008 entwickelt wurde, und wonach die Kooperation zwischen beiden Gremien der Verbände derart intensiviert und konkretisiert werden sollte, dass fortan regelmäßig gemeinsame Gespräche auf Arbeitsebene stattfinden sollten.

Ein erstes Arbeitsgespräch im März 2008 hat beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt in Magdeburg stattgefunden. Die Arbeitsgespräche werden sich mit Aspekten von Angebot und Nachfrage von Geobasisdaten und -diensten befassen und sollen auch dazu dienen, die Positionen von AdV und DDGI auszutauschen und in die Mitgliedschaft zu transportieren, sowie das gemeinsame Vorgehen in konkreten Einzelfragen abzustimmen.

Mit dieser gemeinsamen Initiative von AdV und DDGI wurde eine Plattform geschaffen, um zukünftig Fragen und Anregungen beider Seiten rund um das Thema Geoinformation zu klären und gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Die AdV wird vertreten durch Frau Jäger-Bredenfeld, Leiterin der PG (LVermGeo, LSA), Herrn Sorge (LGB, BB), Herrn Retzek (BKG), und Herrn Schenk (LGN, NI).

(Heinrich Tilly, LGB)

Die 4. GIS-Ausbildungstagung im GeoForschungsZentrum in Potsdam

Am 29. und 30. Mai 2008 trafen sich im Potsdamer GeoForschungsZentrum etwa 60 Teilnehmer zur jährlichen GIS-Aus- und Weiterbildungsveranstaltung.

In einer gelungenen Mischung aus Vorträgen, Diskussionsrunden und Poster Sessions konnten sich die Teilnehmer über aktuelle Entwicklungen in der GIS-

Ausbildungslandschaft aus erster Hand informieren.

Die dominierende Teilnehmergruppe stellte auch in diesem Jahr die Hochschullehrer mit einem Anteil von über 50 %. Teilnehmer aus der Verwaltung (Kommunen, Landeseinrichtungen), der Wirtschaft (Verlage, GIS-Firmen) und

einzelne Vertreter von Berufsverbänden/ Fachgesellschaften (z.B. DGfK und DVW) vervollständigten die Teilnehmerliste. Schwerpunktthemen in diesem Jahr waren:

- **Ausbildung für das Geomarketing:**
Das Geomarketing stellt eine Erweiterung des GI-Umfeldes dar, die an verschiedenen Standorten ansatzweise entwickelt wird.

- **GIS an Schulen:**
In vielen Bundesländern ist GIS inzwischen in die Lehrpläne aufgenommen und an etlichen Standorten auch mit großem Erfolg. Dabei gibt es viele verschiedene Umsetzungen, von der Nutzung einfacher WebGIS-Lösungen bis hin zu GIS-AG's mit umfangreichen Softwarelösungen (z.B. ESRI-Software).

In Brandenburg gibt es bisher leider noch keine Erwähnungen von GIS in den Lehrplänen der Schulen. Dabei gibt es viele Möglichkeiten für den Einsatz von GIS in den Schulen, wie z.B.:

- GIS in der Schulverwaltung
- GIS zur Unterrichtsvorbereitung
- GIS in der Grundschule
- GIS im normalen (45-minütigen) Unterricht
- GIS-AG's
- GIS in der Seminararbeit
- Standardisierung in der Hochschulausbildung:

Hier wurde zum ersten Mal der Internationalisierungsaspekt neben dem Kerncurriculum und einer Vereinheitlichung in der Namensgebung im Bereich der GI-Studiengänge angesprochen.

- **E-Learning 2.0:**
Die unterschiedlichsten Erfahrungen mit E-Learning wurden diskutiert so-

wie vorhandene E-Learningangebote vorgestellt.

- **Hot Spots:**
Von der Verbandssicht auf Ausbildungsberufe bis zur Anforderungsanalyse an den Geoinformatiker aus Sicht eines großen Unternehmens.

Wie im Vorjahr wurde die Neuordnung des Berufsbildes des Vermessungstechnikers und Kartographen zu einem gemeinsamen Berufsbild mit Spezialisierung in Richtung Vermessungstechnik, Bergvermessungstechnik, Kartographie und Fernerkundung rege diskutiert. Wobei die Spezialisierungsrichtungen Bergvermessung und Fernerkundung neu hinzukommen würden. Zu den Ausbildungsinhalten werden die unterschiedlichsten Positionen vertreten.

Die gelungene Veranstaltung etabliert sich zunehmend im deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz) als Plattform für den Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen wie „GIS an Schulen“, neuen Angeboten zu Bachelor- und Masterstudiengängen im GIS-Bereich wie auch zu GIS-E-Learning Plattformen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.geobranchen.de/>

<http://gis.gfz-potsdam.de/>

(Holger Kielblock, LGB)

Zeugnisübergabe 2008 Minister Schönbohm überreicht die Urkunden

Aus weiten Teilen Brandenburgs waren 25 angehende Vermessungstechnikerinnen und Vermessungstechniker am 29. August nach Frankfurt (Oder) gekommen, um nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Berufsausbildung in einer feierlichen Stunde ihre Prüfungszeugnisse in Empfang zu nehmen. Viele waren in Begleitung von Familie und Freunden erschienen, wollten sie doch gemeinsam diesen Abschluss würdig begehen. Der Präsident der LGB, Heinrich Tilly, eröffnete die Veranstaltung mit Grußworten an die ehemaligen Auszubildenden und Gäste der Feierstunde. Eine besondere Freude war es, in diesem Jahr auch unseren Innenminister, Jörg Schönbohm, zu der Veranstaltung begrüßen zu können. Auch

der Minister ließ es sich nicht nehmen, den jungen Vermessungstechnikerinnen und Vermessungstechnikern zu ihren Prüfungsleistungen zu gratulieren. Er forderte sie zugleich auf, auch nach dem Abschluss ihrer Berufsausbildung die Freude am Lernen nicht zu verlieren. Als Vertreter der Landesgruppe Brandenburg des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V. und in seiner Funktion als Vorsitzender des Prüfungsausschusses I beglückwünschte Sebastian Pöttinger die Anwesenden zu ihrem Prüfungserfolg. Wie schon in den Vorjahren erfolgte vor der Aushändigung der Zeugnisse an die ehemaligen Auszubildenden eine gesonderte Auszeichnung der drei Prüfungsbesten mit



einem kleinen Fachgeschenk. Geehrt wurden: Frau Linda Ullrich vom Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Brieselang, Frau Charline Schumann vom Kataster- und Vermessungsamt Barnim und Herr Benedikt Habermann vom Kataster- und Vermessungsamt Oberspreewald-Lausitz. Des Weiteren wurde Frau Ullrich, als Jahrgangsbeste, durch den Stellvertretenden Vorsitzenden des DVW Berlin-Brandenburg e. V., Bernd Sorge, mit dem DVW-Nachwuchspreis ausgezeichnet. Frau Ullrich nutzte im Anschluss die Gelegenheit, um sich noch

einmal im Namen aller ehemaligen Auszubildenden bei all denen zu bedanken, die an der erfolgreichen Ausbildung des Berufsnachwuchses im Land Brandenburg ihren Anteil haben. Den musikalischen Rahmen für diese Feierstunde bildeten in diesem Jahr die begeisternden Darbietungen zweier junger Saxophonistinnen der Frankfurter Musikschule. Besonderer Dank für die Organisation und Durchführung der Veranstaltung gilt den zahlreichen Helfern vor Ort.

(Robert Tscherny, LGB)

Die LGB und die Stadt Ludwigsfelde starten neues Geoportal

Der offizielle Start für das Geodatenportal auf der Ludwigsfelder Homepage http://www.ludwigsfelde.info/geoportal/gis_3/ erfolgte am 9.09.2008 in den Räumen der Ludwigsfelder Stadtbibliothek durch Bürgermeister Frank Gerhard.

Bürger, Unternehmen, potentielle Investoren und Besucher der Stadt erhalten damit spezielle geografische Informationen wie detaillierte Luftbilder, den Flächennutzungsplan der Stadt Ludwigsfelde, eine digitale Flurkarte, Umweltdaten des Landesumweltamtes sowie topografische Basisdaten über die Region. Weitere Informationen für die Allgemeinheit zu raumbezogenen Daten, beispielsweise der kommunalen Infrastruktur und der Bauleitplanung im Stadtgebiet und den Ortsteilen, sollen künftig schrittweise hinzukommen.

"Mit diesem Online-Service erhöhen wir die Attraktivität von Ludwigsfelde sowohl

als Wohnstandort als auch Wirtschaftsstandort, denn über das Internet können sich Bürger und Unternehmen überall in der Welt schnell und effizient einen Überblick über unsere Stadt verschaffen. Auch die Wirtschaftsförderung unserer Verwaltung kann damit beispielsweise im Gewerbeflächenmanagement schneller und effektiver arbeiten und durch die Verknüpfung verschiedener Geodaten (Flurkarte, Luftbilder, Bauleitplanung) einem potentiellen Investor in wenigen Sekunden passende Objekte vorschlagen. Nicht nur im Kreis, sondern auch auf Landesebene, gehört Ludwigsfelde damit zu den Vorreitern", so Bürgermeister Gerhard.

Dies bestätigten auch Bernd Sorge von der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg und Detlef Gärtner, Dezernent des Landkreises Teltow-Fläming, die bei der offiziellen Freigabe des Geoportals ebenfalls anwesend waren.

Wie Bernd Sorge hervorhob, ist Ludwigsfelde mit diesem innovativen Projekt eine der ersten brandenburgischen Kommunen, die Geobasisdaten der Landesvermessung mit lokalen Geodaten verknüpfen

und Bürgern und Unternehmen öffentlich zur Verfügung stellen.

(aus Pressemitteilung der Stadt Ludwigsfelde)

1. Vermesser-Motorradtour Berlin/Brandenburg

Zu Fachveranstaltungen gehören in den Pausen oder Abendveranstaltungen auch die üblichen Small-Talks. Und dann stellt man immer wieder fest, dass es unter den Vermessern extrem viele Motorradfahrer gibt. Egal, ob jung, alt, ob langsam oder schnell unterwegs. Und immer wieder heißt es dann: „Eigentlich sollte man mal was zusammen machen“. Und da es beim „eigentlich“ nicht bleiben sollte, bildete sich im Frühjahr 2008 ein kleines Organisationsteam, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die Motorrad fahrenden Vermesserinnen und Vermesser in Berlin-Brandenburg zu einer gemeinsamen Ausfahrt einzuladen. Der Termin für die erste Tour war schnell gefunden.

Am 7. Juni 2008 trafen sich 23 Motorradfreunde der vermessenden Zunft zur ersten gemeinsamen Ausfahrt in Berlin-Schmöckwitz. Die „Spree-Dahme-Seen-tour“ führte über Spreenhagen, Spreeau, Spreewerder und Spreetal bis an den Rand des Spreewaldes. Auf der 230 km langen Tour, vorbei am Scharmützelsee, Schwie-lochsee, Briesener See und zurück durch den Naturpark Dahme-Heideseen waren auch einige Pausen eingeplant. Bei herrlichen 27°C und Sonnenschein wurde sehr schnell deutlich, dass Vermesser nicht nur gon und mm beherrschen, sondern auch Schräglagen und das Gas im Griff haben. Die anschließende „Party am See“ endete

(rein zufällig) mit einem Feuerwerk, das von einer nahegelegenen Hochzeitsgesellschaft abgefeuert wurde. Ein furioseres Ende hätte die Motorradtour nicht haben können! Die Teilnehmer aus den Verwaltungen und Vermessungsbüros aus Berlin und Brandenburg waren sich einig, der gelungenen und sehr gut organisierten Tour weitere folgen zu lassen.

Zukünftig soll die Vermesser-Tour immer am ersten Samstag im Juni stattfinden. Das Datum der nächsten Tour steht damit schon fest: Samstag, 6. Juni 2009! Anmeldungen sind bereits jetzt auf der Seite von www.motorradtour.comgeo.de möglich! Dort sind auch Impressionen zu der Tour abrufbar.

(Andre Schönitz, MI)

Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau Pionier der modernen Kartographie, Übersetzer, Militärschriftsteller, Gestalter von Parks und Gärten

Ausstellung und Tagung im Kleist-Museum Frankfurt (Oder)

Am 26.04.2008 wurde im Kleist-Museum in Frankfurt (Oder) eine Ausstellung über Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau eröffnet. Originalschriften, Karten, Grafiken und Skizzen beleuchteten bis zum 29.06.2008 die Person Schmettau, der im Wesentlichen als Erschaffer des Schmettauschen Kartenwerks bekannt ist. Ergänzt wurde die Kabinettausstellung durch historische vermessungstechnische Geräte.

Dass Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau aber nicht nur Topograph und Kartograph war, sollte durch eine interdisziplinäre Tagung am Eröffnungstag darge-

stellt werden. In verschiedenen Vorträgen wurden die Zuhörer über die Vielseitigkeit des am 18.10.1806 in Weimar Verstorbenen informiert.

Die Ausstellung und Tagung wurde in einer Kooperation von Kleist-Museum und Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) geplant und durchgeführt. Die Vermittlung der Partner arrangierte der in Frankfurt (Oder) ansässige ÖbVI Horst Möhring. Er unterstützte die LGB auf der Suche nach einem angemessenen Ausstellungsort in Frankfurt (Oder). ÖbVI H. Möhring und



Horst Möhring (rechts) erläutert Gräfin Schmettow und Dr. de Bruyn die Messtischaufnahme.

ÖbVIW. Schultz, Cottbus, stellten zudem historische Geräte zur Verfügung.

Die Ausstellung über den Zeitgenossen Heinrich von Kleist wurde durch Marianne Gräfin Schmettow, LGB-Präsident Heinrich Tilly und Hans-Jürgen Rehfeld, der die Ausstellung auf Seiten des Kleist-Museums organisierte, eröffnet. Bürgermeisterin Katja Wolle und der Direktor des Kleist-Museums Wolfgang de Bruyn sprachen zuvor die Begrüßungen aus. Einführende Vorträge hielten Lothar Jordan (Schmettau, ein Bildungsprofil des 18. Jahrhunderts: Spezialisierung und Vielseitigkeit) und Oliver Flint (Der Weg zum Faksimile), die gemeinsam für die Organisation der Tagung stehen – Herr Jordan für das Museum, Herr Flint für die LGB.

Bereits in Prof. Jordans Einführungs-vortrag wurde das Ziel der Tagung deutlich herausgearbeitet: Die Vielseitigkeit Friedrich Wilhelm Carl von Schmettaus weit über das durchschnittlich Bekannte hinaus. Die folgend aufgeführten Vorträge trugen dazu ihren Teil bei:

Tagungsbeiträge

- Peter Köhler (Weimar): Schmettau, eine preußische Biographie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts
- Dieter Greve (Schwerin): Friedrich Wilhelm Carl Graf von Schmettau - ein bedeutender Topograph und Kartograph des 18. Jahrhunderts
- Steffi Mittenzwei (Berlin): Die Originalkarten Schmettaus in der Staatsbibliothek
- Martin Winter (Berlin): Schmettau als Militärschriftsteller

- Michael Seiler (Berlin): Der Landschaftsgarten Garzau des Grafen von Schmettau – eine außergewöhnliche Inszenierung aufgeklärter Weltsicht
- Irmgard Niehaus (Münster): Schmettau aus Schwester, Anna Amalia von Galitzin: Bildung und Aufklärung im Kreis von Münster

Ein Tagungsband zu dieser Sitzung wurde am Ende des Tages angekündigt und wird voraussichtlich im letzten Quartal des Jahres 2008 erscheinen.

Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau fand in den letzten Jahren häufiger Beachtung, jedoch nicht in der Vielfältigkeit der Veranstaltung im Kleist-Museum. Besonders im Jahr 2006, dem 200sten Todesjahr Schmettaus, wurde seiner Person zu verschiedenen Anlässen in Thüringen, Berlin und Brandenburg gedacht. Die LGB nahm dieses besondere Datum seinerzeit zum Anlass, den brandenburgischen Teil des von Schmettau erstellten Kartenwerkes zu reproduzieren. Damit sind 32 Kartenblätter, die das Land Brandenburg betreffen, als Faksimiledrucke einer breiten Öffentlichkeit verfügbar. (Infos unter: www.geobasis-bb.de) Darüber hinaus sind bereits vor einigen Jahren Karten der ehemals hessischen Herrschaft Schmalkalden durch das Hessische und das Thüringische Landesvermessungsamt als Faksimile herausgegeben worden.

(Oliver Flint, LGB)

DVW-Förderpreis verliehen

Der DVW-Landesverein Berlin-Brandenburg e. V. hat in seiner Mitgliederversammlung am 6. März 2008 in Potsdam beschlossen, besonders gute oder herausragende Prüfungsleistungen an den Berufsschulen mit dem Ausbildungsberuf "Vermessungstechnikerin/ Vermessungstechniker" der Länder Berlin und Brandenburg mit einem "Berufsschulpreis" auszuzeichnen.

Voraussetzungen zur Verleihung des Preises sind:

- Abschluss als Beste/Bester der Berufsschulen des Landes Berlin oder
- Abschluss als Beste/ Bester der Berufsschulen des Landes Brandenburg oder
- Gesamtnote der Abschlussprüfung "Sehr gut".

Der Preis besteht aus einer Urkunde,

einem Buchpreis und einer einjährigen kostenlosen DVW-Mitgliedschaft.

Herr Prof. Horst Borgmann und Herr Dipl.-Ing. Bernd Sorge überreichten die Preise in feierlichen Veranstaltungen in Berlin und in Frankfurt (Oder) am 29. August 2008.

Preisträgerinnen 2008 sind:
Frau Linda Ullrich, Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Regionalstelle Brieselang und Frau Manja Oesteritz, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin und Frau Simone Martens, Bezirksamt Reinickendorf von Berlin. Herzliche Glückwünsche den Preisträgerinnen!

(Prof. Dr.-Ing. Borgmann,
Vorsitzender des
DVW-Landesvereins B/BB)

Institut für Klimaforschung und Nachhaltigkeitsstudien wird in Potsdam gegründet

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird ein Institut für Klimaforschung und Nachhaltigkeitsstudien in Potsdam einrichten. Ziel dieser neuen Spitzeneinrichtung mit dem Namen IASS (Institute for Advanced Studies Climate, Earth System and Sustainability Sciences) wird die Verbindung von Klimaforschung mit der Untersuchung von nachhaltigem Wirtschaften und Leben sein.

„Die derzeitige Klimadiskussion verdeutlicht, dass es nicht nur um die Nutzung von Energie und deren Folgen geht. Der gesamte Komplex des Systems Erde-Mensch

steht zur Debatte“, äußert sich dazu Prof. Reinhard Hüttel, Vorstandsvorsitzender des Deutschen GeoForschungsZentrums (GFZ), der im Auftrag von Bundesministerin Schavan bereits die beiden Klimaforschungsgipfel koordiniert hat.

Die Expertise der Potsdamer Forschungseinrichtungen auf dem Telegrafenberg wird dadurch gebündelt: die beiden Helmholtz-Zentren GFZ und Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das eine Forschungsstelle in Potsdam unterhält, sowie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sind Initiatoren dieser neuen Einrichtung.

Das Klima als Teil des Systems Erde ist eingewebt in das Zusammenwirken der anderen Subsysteme. Nachhaltigkeit als Themenspektrum umfasst daher weitere Bereiche wie unter anderem die Dynamik von Erdsystem, Klima und Umwelt; Ressourcen wie Energie, Nahrung, Wasser, Fläche; Gesellschaftliche Vermeidungs- und Anpassungsstrategien; Technische Innovationen; Ökologische und sozioökonomische Folgen der Erderwärmung. Reinhard Hüttl: „Diese Arbeiten passen hervorragend in unsere Forschungen zum System Erde, denn nur ein übergreifender

geowissenschaftlicher Ansatz entspricht den globalen Problemen. Weder Rohstoffnutzung noch Klimaänderung halten sich an die Begrenzungen durch fachliche Einzelwissenschaften oder an Ländergrenzen.“

Das GFZ arbeitet auf einer Vielzahl dieser Felder wie Geo-Energien, CO₂-Speicherung und Paläoklimaforschung. Bekannteste Beispiele sind die Nutzung der Erdwärme oder das CO₂SINK-Projekt.

(Kerstin Grothe-Benkenstein,
GEOkomm, Potsdam)

Was Sie über das Notariat wissen sollten

Aufgaben des Notars

Soll ein Hausgrundstück oder ein unbebautes Grundstück gekauft oder verkauft werden, eine Hypothek, eine Grundschuld oder ein Wegerecht bestellt werden, eine GmbH gegründet oder ein Ehe- und Erbvertrag geschlossen werden, so handelt es sich um Angelegenheiten, die zu ihrer Wirksamkeit der notariellen Beurkundung oder Beglaubigung bedürfen. Das ist Aufgabe der Notare.

Notare sind als ein Teil des Systems der vorsorgenden Rechtspflege unabhängige Träger eines öffentlichen Amtes und haben in den vom Gesetz vorgeschriebenen oder von den Beteiligten ausdrücklich gewünschten Fällen rechtsgeschäftliche Erklärungen zu beurkunden. Hierbei haben die Notare stets eine unparteiische und neutrale Position und vor allem Verschwiegenheit gegenüber allen Unbeteiligten zu wahren. Sie sind niemals Interessenvertreter eines oder mehrerer Beteiligter gegen andere.

Ziel, aber auch Grenze notarieller Tätigkeit ist die Gestaltung von Rechtsbeziehungen ohne Streitigkeiten. Sind solche nicht zu vermeiden oder einvernehmlich zu überwinden, müssen sich die Beteiligten an einen Rechtsanwalt oder gegebenenfalls an ein Gericht wenden.

Die Vielfalt und die Kompliziertheit der bestehenden Rechtsvorschriften macht es vielen Bürgern unmöglich, allein, ohne sachkundige Hilfe die gewünschten oder auch notwendigen rechtlichen Vorgänge zu bewältigen.

In den neuen Bundesländern kommen auch noch solche schwierigen Probleme wie die Rückübertragungsansprüche an Grundstücken und anderen Vermögenswerten dazu. Auch die Tatsache, dass viele Rechtsverhältnisse zur Zeit der Geltung der Rechtsvorschriften der DDR eingegangen wurden und heute zum Teil mit anderen Rechtswirkungen fortgelten, erschwert den Rechtsunkundigen den Umgang mit dem Recht.

- Die Notare beurkunden, das heißt, sie gestalten und formulieren die Verträge oder einseitigen Erklärungen der Beteiligten, besprechen, belehren über rechtliche Tragweite und Risiken der Rechtsgeschäfte und verlesen diese Urkunden im Beisein aller Beteiligten; oder
- sie beglaubigen, das heißt, sie bestätigen kraft ihres Amtes die Identität der Kopie eines Schriftstückes mit der ihnen vorgelegten Originalschrift (Abschriftsbeglaubigung) oder bestätigen die Echtheit einer vor ihnen geleisteten oder anerkannten Unterschrift (Unterschriftsbeglaubigung).
- Sie beraten Rechtssuchende im Wesentlichen in den Gebieten des Grundstücks-, Erb-, Familien-, Gesellschaftsrechts und
- sie betreuen ihre Mandanten bei der Durchführung der abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, das heißt, sie übernehmen im Auftrag den Vollzug der Geschäfte, stellen die erforderlichen Anträge bei Behörden und Registern, holen Erklärungen von Banken und Einrichtungen ein, damit die von den Beteiligten angestrebten Rechtswirkungen auch eintreten.
Wegen der gewollten wirtschaftlichen oder steuerlichen Konsequenzen der Erklärungen sollten sich die Parteien an spezielle Fachleute wenden. Das ist nicht Aufgabe des Notars.

Formen des Notariats

Historisch haben sich in Deutschland verschiedene Formen des Notariats entwickelt.

In Brandenburg, wie in allen neuen Bundesländern und in den linksrheinischen Gebieten Nordrhein-Westfalens, in Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und in Hamburg, sind die Notare im Hauptberuf tätig. Sie üben ausschließlich notarielle Tätigkeit aus und können sich auch ausschließlich mit Notaren im Hauptberuf in Sozietäten oder Bürogemeinschaften verbinden.

In Berlin, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein und in den rechtsrheinischen Gebieten Nordrhein-Westfalens besteht die Form des Anwaltsnotariats. Hierbei handelt es sich um Rechtsanwälte, die nach mindestens drei- bzw. fünfjähriger Anwaltszulassung zugleich im Nebenberuf zu Notaren bestellt sind. Sie haben dann dieselben Rechte und Pflichten wie die Notare im Hauptberuf.

Daneben gibt es in Baden-Württemberg vier Notariatsformen, d.h. neben den Notaren im Hauptberuf, den Anwaltsnotaren auch die Beamtennotare und die Richternotare, die vom Staat besoldet werden.

Rechte und Pflichten

Die Rechte und Pflichten bei den Beurkundungen und Beglaubigungen ergeben sich aus der Bundesnotarordnung (BNotO) und dem Beurkundungsgesetz (BeurkG), der Dienstordnung und den Richtlinien, die sich die Notarschaft – vertreten durch ihre Notarkammer – selbst gegeben hat.

Als unabhängige Betreuer der Beteiligten haben Notare bei der Beurkundung über die rechtliche (nicht aber wirtschaftliche) Tragweite des notariellen Aktes

zu belehren und auf klare Erklärungen hinzuwirken. Die Urkunde muss in ihrer Gegenwart vorgelesen werden. Unterschriftsbeglaubigungen haben vor dem Notar zu geschehen.

Jeder Beurkundungs- oder Beglaubigungsvorgang ist unter fortlaufender Nummer in ein Register, die Urkundenrolle, einzutragen. Bei der Führung von Verwahrungsgeschäften, den Hinterlegungen, ist jede Einnahme und Ausgabe im Verwahrungs- und Massenbuch zu vermerken.

Notare sind berechtigt, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten der Beteiligten zur Aufbewahrung oder zur Ablieferung an Dritte zu übernehmen. Für die Notare und ihre Angestellten besteht eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit in allen Amtsgeschäften.

Den Notaren ist es verboten, Darlehen sowie Grundstücksgeschäfte zu vermitteln. Sie dürfen nicht an der Beurkundung mitwirken, wenn sie in derselben Angelegenheit von einer beteiligten Person schon zuvor bevollmächtigt waren. Sie müssen auch nur den Anschein einer Parteilichkeit vermeiden. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen, die das Anwaltsnotariat ausüben.

Kosten/Haftung des Notars

Die Inanspruchnahme eines Notars ist nicht kostenlos. Maßgebend für die Kosten, Gebühren und Auslagen ist ein Gesetz, die Kostenordnung (KostO). Die Kosten richten sich nicht nach dem Arbeits- oder Zeitaufwand, sondern nach dem Wert des Geschäfts. Dieser ist nach den Bestimmungen des Gesetzes zu ermitteln. Die Höhe der Gebühren ist der

Gebührentabelle der Kostenordnung zu entnehmen.

Ein Ermessen steht dem Notar nicht zu. Er darf also auch keine Kostenvereinbarung treffen. Kostenschuldner gegenüber dem Notar sind stets alle Beteiligten, auch wenn nur einer sich zur Zahlung verpflichtet.

Für vorsätzlich oder fahrlässig begangene Pflichtverletzungen haften Notare persönlich und unbeschränkt. Sie müssen eine Berufshaftpflichtversicherung abschließen. Darüber hinaus ist durch die Notarkammern wegen der besonderen Stellung und des in die Angehörigen der Notarschaft gesetzten Vertrauens eine sogenannte Vertrauensschadensversicherung abgeschlossen worden, durch die auch Schäden infolge unerlaubter Handlungen, die nicht von der Haftpflichtversicherung gedeckt sind, insbesondere Fälle vorsätzlicher Pflichtverletzung, ersetzt werden können.

Der Amtssitz

Notaren wird bei ihrer Bestellung ein bestimmter Amtssitz zugewiesen. Sie haben am Ort des Amtssitzes eine Geschäftsstelle zu unterhalten und sind berechtigt, am Eingang zu der Geschäftsstelle ein Amtsschild mit dem Landeswappen anzubringen. Die Amtsgeschäfte haben sie – von Ausnahmefällen abgesehen – in ihrer Geschäftsstelle vorzunehmen.

Jeder Bürger kann jedoch den Notar, dem er einen Beurkundungsauftrag erteilen möchte, im gesamten Bundesgebiet frei wählen. Mehrere Beteiligte müssen sich auf einen Notar einigen. In aller Regel darf der den Notar bestimmen, der sich zur Zahlung der Kosten verpflichtet.

Die Aufsicht über die Notare

Als Träger eines öffentlichen Amtes unterliegen die Notare – anders als die Rechtsanwälte – der Aufsicht durch die Präsidenten der zuständigen Landgerichte. Diese prüfen die Amtsführung der Notare und nehmen regelmäßig Geschäftsprüfungen vor.

Wird eine Amtspflichtverletzung festgestellt, so können im Disziplinarverfahren Maßnahmen (Verweis, Geldbuße und Entfernung aus dem Amt) getroffen werden. In leichteren Fällen kann durch die Aufsichtsbehörde eine Missbilligung ausgesprochen werden. Zudem haben Beteiligte die Möglichkeit, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde Dienstaufsichtsbeschwerde einzulegen, wenn die Amtstätigkeit aus ihrer Sicht zu beanstanden ist.

Die zuständige Notarkammer hat das

Recht, bei ordnungswidrigem Verhalten eine Ermahnung auszusprechen.

Nähere Auskünfte in Notarangelegenheiten erteilt die Notarkammer des Landes Brandenburg, Dortustraße 71, 14467 Potsdam (Tel. 03 31/2 80 37 02, Fax 03 31/2 80 37 05)

Herausgeber: Ministerium der Justiz
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Heinrich-Mann-Allee 107, 14460 Potsdam

Internet: www.mdj.brandenburg.de
E-Mail: presse@mdj.brandenburg.de

(Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Ministerium der Justiz
des Landes Brandenburg)